

links im Landtag

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Frühjahr 2022



Nicht alles wird teurer, aber sehr vieles: Wir können für unser Geld immer weniger kaufen. Die Pandemie hat viele Menschen einen Teil ihrer Einkünfte gekostet. Der mörderische Angriffskrieg der russischen Machthaber gegen die Ukraine beschert jetzt den Energie- und Mineralölkonzernen sowie der Lebensmittelindustrie Mitnahmeeffekte, Lieferketten sind noch unsicherer geworden. Kehrseite des Preisanstiegs sind neue Einbußen.

Die Gesellschaft, der Staat muss das abfangen! Einmalzahlungen helfen kaum und vielen gar nicht, Rentnerinnen und Rentner etwa sind außen vor. Ihre Rentenerhöhung wird von der Inflation gefressen, sie ist sowieso ein Tropfen auf den heißen Stein: 2020 gab es im Osten nach 40 Versicherungsjahren durchschnittlich nur 1.252 Euro Rente. Wer arbeitet, profitiert zwar vom Energie-Bonus – dennoch zittern viele, wenn die Jahresabrechnung

eintrifft. In Sachsen schuftet ein Drittel der Vollzeitbeschäftigten für einen Niedriglohn. Mit ihnen leiden diejenigen Menschen am meisten unter dem Preisanstieg, die keinen Job haben oder noch in Ausbildung oder Studium stecken. Vorübergehende Steuersenkungen gehen eben vorüber. Besser wäre es, die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel abzuschaffen oder sie wenigstens zu senken. Es ist kein Naturgesetz, sondern die politische Entscheidung der

Regierenden, Armutsbetroffene und die Mittelschicht mit den hohen Preisen allein zu lassen. **Wir wollen Entlastung statt Sozialabbau.** Wir wollen diejenigen stärker heranziehen, die ohne Not etwas abgeben können. Enorme Erbschaften, hoher Einkommen und Vermögen dürfen nicht länger geschont werden. **Wir streiten für Gerechtigkeit. Die Zeit schreit nach Lastenausgleich.**



Foto: Arnel Lesmann

Schluss mit dem Krieg in Europa!

Mit ihrem imperialen Angriffskrieg gegen die Ukraine haben Putin und sein Regime das Völkerrecht gebrochen. Die UNO-Charta erlaubt kriegerische Handlungen nur zu Verteidigungszwecken. **Weder Kriege unter NATO-Flagge noch sonst irgendetwas schmälert die Verantwortung der russischen Führung. Schuldig ist, wer zuerst schießt.**

Kriegsopfer verdienen unsere Hilfe

Die Menschen in der Ukraine haben das Recht auf Selbstverteidigung. Nur sie haben das Recht, demokratisch über ihre Zukunft zu entscheiden. Viele haben das Land verlassen und hoffen, bald heimkehren zu können. **Wir müssen Kriegsopfern helfen, egal vor welchem Krieg sie fliehen.** Mit dieser Mammutaufgabe darf der Freistaat weder die ehrenamtlich Engagierten noch die Kommunen alleinlassen. Die Zivilgesellschaft zeigt erneut, woran es den staatlichen Strukturen fehlt – sie reagieren auf Notlagen schnell und unbürokratisch, statt darüber zu streiten, wer zuständig ist. Die Helferinnen und Helfer brauchen jetzt mehr als warme Worte. Gerade angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten geraten die privaten Engagierten sonst schnell ans Limit. Wir fordern einen Fonds als konkrete finanzielle Unterstützung für jene Menschen, die Kriegsflüchtlinge privat bei sich untergebracht haben.

Hilfreich sind alle Schritte zum Frieden

Putin und seine Unterstützer sind Kriegsverbrecher, aber die Russinnen und Russen selbst sind es in der Mehrzahl nicht. Viele stehen mutig gegen den Krieg auf. Es gibt keine Entschuldigung dafür, dass russischstämmige Menschen hier bei uns angefeindet werden – das hilft auch der Ukraine nicht. **Hilfreich sind hingegen alle Schritte zum Frieden, zu Friedensverhandlungen, alle Schritte gegen die Ausweitung des Krieges, damit er nicht zu**

einem noch größeren Flächenbrand wird. Wir dürfen nicht selbst Kriegspartei werden. Hoffnungen ruhen auf Geheimdiplomatie, die schon bei der Kubakrise 1962 die Welt vor noch größerem Horror bewahrte. Auch China und Indien müssen in die Verantwortung genommen werden, den Konflikt zu deeskalieren.

Der Druck auf die russischen Machthaber muss aufs Äußerste erhöht werden. Putins Kapitalbasis ist weitaus größer als die reichsten Oligarchen – wir müssen ihnen ihren Reichtum nehmen: Immobilien, Bankvermögen, Unternehmensbeteiligungen, Yachten, Kunstwerke. Zu den hiesigen Eigentumsstrukturen von russischen Firmen oder Personen, die im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine auf der Sanktionsliste der EU stehen, hat die sächsische Staatsregierung allerdings kaum Informationen. Das muss sie schleunigst ändern!

Die 100 Milliarden für Aufrüstung werden anderswo fehlen

Es ist kein Schritt zum Frieden, Kriegsgewinner noch reicher zu machen. Die Regierenden planen ein jahrelanges Aufrüstungsprogramm in gigantischem Umfang und wollen es sogar im Grundgesetz festschreiben. Bei den Rüstungskonzernen knallen die Sektkorken. Das wird der ukrainischen Bevölkerung nicht helfen, konventionelle Rüstung spielt im Zeitalter der Atomwaffen ohnehin kaum eine Rolle für »Abschreckung«. Der deutschen Bevölkerung wird das 100-Milliarden-Sondervermögen jedoch umso stärker schaden, denn ihr fehlt das Geld für andere Zwecke.

Übrigens: Die Rüstungsausgaben steigen seit vielen Jahren, ohne dass die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte gewachsen wäre. Schon vor dem Krieg flossen jährlich mehr als 50 Milliarden Euro ins Militär. Viel Geld versickerte in Beraterverträgen und fehlgeschlagenen Beschaffungsprojekten. Wer stellt eigentlich sicher, dass es diesmal anders wird?

Liebe Leserin, lieber Leser, alle wollen Sicherheit, die meisten sogar Planbarkeit im Leben – nichts bedroht das so sehr wie der Krieg. Auch ich habe mich von Putins Regime täuschen lassen. Ich wollte, dass wir aus der Geschichte lernen: Eine Friedensordnung in Europa kann es nur mit Russland geben. Das aber ist ausgeschlossen, solange Putin und sein Machtsystem am Drücker sind.

Ich halte nichts von doppelten Standards. Putins Krieg ist völkerrechtswidrig. Das gilt auch für Erdoğan's Krieg gegen die Kurden im Irak, die lange den Islamischen Staat bekämpft haben, und für den Krieg im Jemen, an dem Saudi-Arabien beteiligt ist. Auch der Irak-Krieg der USA war völkerrechtswidrig. Wir dürfen nicht länger durch Diktatoren und Autokraten erpressbar sein, schon deshalb müssen wir von den fossilen Energieträgern wegkommen.

Ich lese, dass uns wegen des russischen Angriffskrieges »Wohlstandsverlust« drohe. Ist dieses Wort nicht zynisch angesichts des Leids, das die ukrainische Bevölkerung durchmacht? Verglichen mit der Situation der Kriegsopfer sind die hiesigen Entbehrungen doch minimal. Vorhanden sind sie dennoch.

Zynisch ist der Begriff auch, weil viele Menschen bei uns gar keinen Wohlstand zu verlieren haben. Die Hälfte der Bevölkerung besitzt kein Vermögen, in Sachsen kommen hunderttausende Menschen nicht raus aus der Armut, oft trotz Arbeit. Wer Sozialleistungen bezieht oder auf Arbeit nur wenig mehr verdient, schaut noch sorgenvoller in die Zukunft.

Ich möchte nicht, dass die breite Bevölkerung unter den Kriegsfolgen leidet. Die Regierenden müssen für Entlastung sorgen. Die Sanktionen müssen endlich diejenigen treffen, die Putins Machtsystem stützen – zumal das voraussetzt, neben den russischen auch die Eigentumsstrukturen vieler europäischer Superreicher aufzudecken. Dann kann man sie auch gleich besteuern. Jean-Jacques Rousseau hat es so ausgedrückt: »Zwischen dem Starken und dem Schwachen befreit das Gesetz, während die Freiheit unterdrückt.«

Gerechtigkeit und Sicherheit bringt nur ein Staat, auf den Verlass ist.

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender



© Christofher Gedatz



Schutz vor der Energiepreis-Explosion!

Es darf nicht sein, dass Menschen kaum ihre Familie ernähren, ihre Wohnung heizen oder ihr Auto volltanken können – selbst dann nicht, wenn sie vierzig Stunden pro Woche und mehr ackern. Wer zur Miete wohnt, kann keine andere Heizung einbauen und oft nicht einfach so energiesparende Haushaltsgeräte anschaffen. Wer das Auto zum Pendeln braucht, soll nicht nur fürs Tanken arbeiten. Wer Wohneigentum klimafreundlicher machen will, soll nicht an Geldmangel scheitern.

Wer wenig Geld hat, verbraucht unterm Strich zwar wesentlich weniger Energie als Zeitgenossen mit hohen Einkünften, jedoch geht ein größerer Teil des Einkommens für die Energiekosten drauf. Weil die hohen Energiepreise auch die Industrie treffen, werden andere (lebens)wichtige Güter ebenfalls teurer. Frieren für den Frieden – das fordern vor allem jene, die sich keine Sorgen um ihre Abrechnung machen müssen. Sicher, der Energieverbrauch muss angesichts der Klimaerhitzung sinken statt steigen. Eine kalte Wohnung ist aber kein Klimaschutz! »Da es nicht für alle reicht, springen

die Armen ein« (*Ernst Bloch*) – das wäre in der Klimapolitik genauso falsch wie überall sonst.

Das Grundproblem ist: Kapitalismus funktioniert nur für wenige. Er führt dazu, dass an der Strombörse stets das teuerste Kraftwerk den Preis vorgibt, und er erlaubt es Kriegsgewinnler-Konzernen, den Spritpreis mit Absprachen hochzutreiben, obwohl das Angebot gar nicht knapper und der Ölpreis gesunken ist. Machtvolle Kartelle nutzen die hohe Nachfrage nach Energie, um ihre Profite zu maximieren – das begann schon im letzten Herbst, als die pandemiebedingten Einschränkungen weltweit zurückgefahren wurden, und ist durch den Angriffskrieg des Putin-Regimes beschleunigt worden. Wir müssen durch staatliche Eingriffe kurzfristig wie langfristig die Bevölkerung schützen und Gerechtigkeit schaffen. Wir müssen unsere Energieversorgung jetzt umso schneller und kraftvoller erneuerbar und dezentral organisieren, damit wir unabhängiger werden und die Konzerne ihre Marktbeherrschung verlieren.

Der Ruhestand heißt nicht umsonst so

Über 57.000 Menschen in Sachsen arbeiten, obwohl sie in Rente sind. Ihre Zahl hat sich mehr als verdoppelt. Ein Teil malocht sicherlich freiwillig oder aus Pflichtbewusstsein, ein erheblicher Teil aber schuftet, weil die Rente nicht reicht – infolge von Niedriglöhnen oder etwa wegen horrender Beiträge zur Privaten Krankenversicherung. Wir sagen der Altersarmut den Kampf an!

Die gesetzliche Rente muss eine sichere Bank sein, zumal hier bei uns viel weniger Menschen Pensionen oder Einkünfte aus Vermietung beziehen als im Westen. Derzeit bekommen 314.000 Sächsinen und Sachsen weniger als 1.000 Euro raus. Für 40 Versicherungsjahre gab es 2020 im Osten durchschnittlich 1.252 Euro Rente, im Westen waren es 1.428 Euro. Gleichzeitig wachsen die Eigenanteile für Pflege und die Regierenden ignorieren die Rentnerinnen und Rentner bei der Energiepreis-Entlastung.

Weil die Regierenden den Privatversicherern nicht das Geschäft verderben wollen, verweigern sie den Menschen eine anständige gesetzliche Rente. Man wolle »private Vorsorge«, wohlwissend, dass Geringverdienende kein dafür Geld übrig haben. Wer etwas mehr als eine Armutsrente bezieht, muss zudem einen immer größeren Teil der Rente versteuern und eine Steuererklärung abgeben.

Ist all das gerecht? Nein! Geht es anders? Klar, wie unsere Nachbarländer zeigen. Zwar sind in Österreich die Beiträge zur Rentenversicherung höher als bei uns, Beschäftigte zahlen jedoch weniger mit Ausblick auf eine deutlich höhere Rente. Warum? Arbeitgeber zahlen einen leicht höheren Beitrag, ohne dass die Wirtschaft kollabieren würde. Zudem müssen auch Selbständige und Beamte in die Rentenkasse einzahlen, wie wir es für Deutschland fordern. Somit erhöhen sich die umzulegenden Mittel gewaltig: Die durchschnittliche Jahresbruttorente ist in Österreich fast dreimal so hoch wie in Deutschland.

Wir streiten für eine solidarische Mindestrente in Höhe von 1.200 Euro netto für alle. Niedrige Renten müssen steuerfrei bleiben. Wer nur eine gesetzliche Rente bezieht, sollte grundsätzlich keine Steuererklärung machen müssen. Vor allem aber müssen endlich alle in denselben Topf einzahlen. Wer im Job oder am Finanzmarkt Einkünfte erzielt, soll für deren gesamte Höhe Beiträge zahlen. Bisher sorgt die »Beitragsbemessungsgrenze« dafür, dass alle monatlichen Bruttoeinkommen oberhalb von 6.750 Euro (Ost) beziehungsweise 7.050 Euro (West) beitragsfrei bleiben. Menschen mit hohem Einkommen müssen pflichtgemäß zur Solidargemeinschaft beitragen – schon damit niemand im Alter arbeiten muss!

Fünf Rezepte gegen Energie-Armut

Kriegs- und Krisengewinnler zur Kasse: Unternehmen, die die Situation für Extraprofite ausnutzen, sollen eine Übergewinnsteuer zahlen. Das gilt etwa für Mineralölfirmen, Energie- und Lebensmittelkonzerne.

Einkommen erhöhen: Höhere Löhne und Renten schützen uns. Der Staat muss Druck machen für höhere Einkommen. Öffentliche Aufträge dürfen nur an Firmen gehen, die ihre Leute ordentlich bezahlen. Tarifverträge müssen leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Wer ein geringes oder mittleres Einkommen erzielt, muss steuerlich entlastet werden. Die ungerechte Pendlerpauschale sollte durch ein Mobilitätsgeld ersetzt werden, das alle in gleicher Höhe ab dem ersten Kilometer und für alle Verkehrsmittel bekommen. Die Einnahmen aus der CO₂-Steuer müssen als Klima-Dividende gezielt zurückfließen. Nicht zuletzt müssen Großverdienerinnen und Großverdiener solidarisch in die Rentenkasse einzahlen, damit die gesetzliche Rente alle verlässlich absichert.

Konzerne an die Kette: Energie- und Spritpreise müssen staatlich beaufsichtigt werden, um Kartellabsprachen und Spekulation einzudämmen. Verbraucherstrompreise sollen genehmigt werden müssen. Wir fordern ein Freikontingent, das an der jeweiligen Haushaltsgröße orientiert ist. Viele werden dann versuchen, Energie zu sparen und innerhalb des kostengünstigen Bereichs zu bleiben. Strom- und Gassperren wollen wir verbieten. Der CO₂-Preis für das Heizen muss vollständig von den Vermietern gezahlt werden. Die Vormachtstellung von Großkonzernen muss ein Ende haben – Strom- und Wärmenetze gehören in die öffentliche Hand.

Saubere Autarkie fördern: Wir müssen Energie dezentral nutzbar und uns unabhängiger machen: Ausbauoffensive bei Wind- und Sonnenenergie! In Sachsen ist die Zahl der Windkraftanlagen 2021 von 937 auf 930 gesunken. Nötig sind realistische Planungsvorgaben, Anwohnerinnen und Anwohner sollen finanziell von den Anlagen profitieren können. Wir fordern ferner Investitionsprogramme für Energiespeicher, grüne Wasserstoffherzeugung und den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Energie muss bestmöglich vor Ort genutzt werden – durch gebäudebezogene Heizungsanlagen, energetische Sanierung und effiziente Geräte. Dafür braucht es Förderprogramme.

Sozial gerecht gegen die Klimaerhitzung: Breite Schultern müssen mehr tragen. Das gilt auch für die Investitionen für den Übergang zur sauberen Energieversorgung. Wir wollen eine Vermögensabgabe und die Vermögensteuer auf private Millionenvermögen. Es muss Schluss damit sein, dass Reichtum nahezu steuerfrei vererbt werden kann.



André Schollbach,
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
im Dresdner Stadtrat

»Die Preisexplosion bei Strom, Heizung, Sprit und Lebensmitteln verschärft die Situation. Wir wollen erreichen, dass die deutlich steigenden Preise sozial abgefedert werden.«

André Schollbach

»Steigende Preise für Strom und Heizung müssen sozial abgefedert werden«

Fünf Fragen an **André Schollbach**, Chef der Linksfraktion im Dresdner Stadtrat

Die steigenden Preise machen vielen Menschen Zukunftssorgen. Da geht es um die große Politik – was können Sie vor Ort tun?

Die soziale Spaltung in unserer Gesellschaft nimmt immer mehr zu. Viele Menschen haben existenzielle Sorgen und wissen nicht, wie sie über die Runden kommen sollen, trotz harter Arbeit. Die Preisexplosion bei Strom, Heizung, Sprit und Lebensmitteln verschärft die Situation zusätzlich. Wer Politik macht, muss Antworten geben – auch auf der kommunalen Ebene. Deshalb haben wir LINKEN aktuell mehrere Anträge im Dresdner Stadtrat gestellt. So wollen wir erreichen, dass die deutlich steigenden Preise für Strom und Heizung sozial abgefedert werden. Zudem sollen sämtliche Anträge auf soziale Leistungen endlich unkompliziert auch auf digitalem Weg eingereicht werden können.

Aber sind die Möglichkeiten nicht begrenzt?

Die großen Entscheidungen trifft der Bundestag oder der Landtag. Trotzdem kann auch ein Stadtrat oder Kreistag dazu beitragen, dass das Land gerechter wird. Das fängt damit an, inwieweit man Schwerpunkte in den Bereichen Soziales, Kultur, Gesundheit oder Jugendhilfe setzt und dort auch zielgerichtet Geld einsetzt. Ein weiterer wichtiger Ansatz besteht darin, in relevanten Bereichen Rekommunalisierungen durchzusetzen, um damit im Interesse der Allgemeinheit wieder Kontrolle und Einfluss ausüben zu können.

Aber vor einigen Jahren wollten doch CDU, FDP und Grüne das Städtische Klinikum Dresden privatisieren?

Das konnten wir per Bürgerbegehren verhindern. Wir haben leidenschaftlich gegen diese Privatisie-

rung gekämpft und hatten Erfolg. Eine gute und wohnortnahe Versorgung mit Krankenhäusern ist unverzichtbar. Krankenhäuser müssen vor allem für die Menschen da sein und dürfen nicht dem Ziel dienen, möglichst viel Gewinn zu machen.

Was ist Ihre kommunale Antwort auf die Preissteigerungen in diesem Jahr?

Eine Kommune kann zwar keine milliardenschweren Entlastungspakete schnüren, aber es gibt durchaus Handlungsmöglichkeiten. In Dresden haben wir zum Beispiel ein Sozialticket für Bus und Bahn durchgesetzt und damit für viele Menschen eine ganz konkrete Verbesserung erreicht. Dort, wo die Kommunen Einfluss auf die Preisentwicklung haben, dürfen sie keine Preistreiber sein. Jahr für Jahr werden die Ticketpreise für Bus und Bahn erhöht. Das ist inzwischen für viele Menschen ein Problem. Man kann nicht immer weiter an der Preisschraube drehen.

Das geht aber nur, wenn die Kommune in diesen Bereichen etwas zu sagen hat.

Deshalb ist es gut, dass wir die Dresdner Stadtwerke in öffentliches Eigentum zurückgeholt haben. Inzwischen haben wir die DREWAG mit dem Energieunternehmen ENSO zur SachsenEnergie fusioniert. So ist eines der größten kommunalen Versorgungsunternehmen entstanden, man kann sagen: ein modernes Energiekombinat. Die Gewinne kommen dem Gemeinwohl zugute, zum Beispiel den Verkehrsbetrieben oder den städtischen Bädern. Zudem sind wir in der Lage, in klimafreundliche Technologien zu investieren und damit wichtige Weichen für die künftige Energieerzeugung zu stellen.



Simone Luedtke,
Oberbürgermeisterin der Stadt Borna

»Die Kommunen als Lebensmittelpunkt müssen ein generationsübergreifendes Angebot bereithalten.«

Simone Luedtke

Lebensqualität schaffen

Simone Luedtke, Oberbürgermeisterin der Stadt Borna, über attraktive Lebensbedingungen in den Städten und Gemeinden

Kommunen sind für die Bürgerinnen und Bürger der zentrale Ort politischer Teilhabe. Nirgendwo sonst im demokratischen Gefüge sind die Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen, so groß, nirgendwo sonst sind die Vertreterinnen und Vertreter des Staates und der Verwaltung so direkt ansprechbar. Die Kommunen als Lebensmittelpunkt von Familien, Kindern und Jugendlichen, Seniorinnen und Senioren müssen ein generationsübergreifendes Angebot bereithalten, das dazu führt, dass die Menschen bleiben. Einfach gesagt: Sie müssen Lebensqualität schaffen. Dafür brauchen sie mehr Unterstützung von der Staatsregierung.

Seit Jahren müssen die Städte und Gemeinden im ländlichen Raum Antworten auf den demografischen Wandel finden. Vielerorts schrumpft die Bevölkerung und das Durchschnittsalter steigt – das verlangt eine andere Herangehensweise. Wie soll dies funktionieren? Den Kommunen muss es gelingen, eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur aufrecht zu erhalten. Dazu gehören Kindergartenplätze, eine

Schule vor Ort, medizinische Betreuung, lebendige Vereine, Einkaufsmöglichkeiten, bezahlbares Wohnen aber auch Bauland für Eigenheime und nicht zuletzt Arbeit vor Ort sowie eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur. Für eine Kommune allein ist das eine unlösbare Aufgabe. Hier braucht es die Förderung von Land und Bund sowie deren Investitionen.

Wenn es dort klemmt, und das ist derzeit der Fall, dann leidet der ländliche Raum besonders stark. Fehlende Förderung für Schulen und Kitas, für Straßenbau etc. führen zu Mangel an Betreuungsplätzen, schlechten Lernbedingungen, letztlich zu Abwanderung in die Oberzentren oder nach Westen. Ein zweiter Punkt, mit denen die Kommunen zu kämpfen haben, ist ihre wachsende Aufgabenlast, ohne dass die höheren Ebenen das notwendige Geld bereitstellen. Mit sinkenden kommunalen Einnahmen, sinkenden Mitteln aus dem Finanzausgleich und sinkender Förderung wird es für die Kommunen immer schwieriger, freiwillige Aufgaben zu finanzieren. Deswegen müssen die Kommunen finanziell auskömmlich ausgestattet werden!



»Besser aufeinander aufpassen«

Ein Gespräch mit dem Volljuristen und Soziologen **Alex Theile**

Herr Theile, die Kriminalitätsstatistik deutet einen Rückgang der Kriminalität an. Wird Sachsen sicherer?

Das kommt auf die Delikte an. Beispielsweise hat die Anzahl der Delikte im Bereich der häuslichen Gewalt zwar leicht abgenommen, jedoch ist sie weiterhin recht hoch. Dies mag wohl auch daran liegen, dass pandemiebedingt mehr Menschen zu Hause bleiben mussten. Als Strafrechtler hatte ich den letzten Jahren nicht das Gefühl, dass es insgesamt weniger geworden ist. Es spielen nur andere Delikte eine Rolle. Ich habe mich bisher vor allem mit Wirtschaftskriminalität beschäftigt, da ist auf jeden Fall eine Zunahme zu spüren. Bemerkenswert ist auch die Zunahme politisch motivierter Straftaten, offensichtlich zuletzt wegen Corona-Protesten aus dem rechten Spektrum.

Muss mehr in Strukturermittlungen investiert werden?

Auf jedem Fall, etwa im Wirtschaftsstrafrecht und bei der Aufklärung von Cybercrime. Meine persönliche Auffassung ist, dass die Ressourcen und Prozesse in den Rechtsordnungen angepasst werden müssen. Bußgeldverfahren sollten nicht mehr zwingend einem Richter vorgelegt werden müssen, da lässt sich vieles auf die Ebene der Rechtspfleger delegieren. Dafür muss man sie natürlich ausbilden und ausstatten. So ist zu begrüßen, dass auch in Sachsen inzwischen Amtsanwälte eingestellt werden, die Kleinkriminalität ahnden, während sich die Staatsanwälte auf die komplexeren Verfahren konzentrieren können.

Reicht es, wenn der Rechtsstaat Fehlverhalten bestraft?

Grundsätzlich erlaubt der Strafrahmen meist Haftstrafen und Geldstrafen, zumindest am Amtsgericht. Ich habe mich früher als Rechtssoziologie mit der Wirksamkeit von Strafen wissenschaftlich auseinandergesetzt. Gefängnisstrafen sind nicht unbedingt der Königsweg, mit dem sich eine Verhaltensänderung erzwingen lässt. Klar: Wenn das Gesetz eine Strafe ohne Bewährung vorschreibt,

muss das angewendet werden, aber es gibt Deliktgruppen, wo andere Maßnahmen besser wirken. Ich habe sogar erlebt, dass manche Verurteilte mit einer sechsmonatigen Bewährungsstrafe sehr zufrieden waren. Anders verhält es sich, wenn dieselben Leute eine Geldstrafe zahlen müssen oder Fahrverbot bekommen. Straftaten werden aber in der Regel nicht durch die Androhung drakonischer Strafen verhindert, sondern indem man die Entdeckungswahrscheinlichkeit erhöht.

Also mehr Polizei auf die Straße?

Mehr Polizei schafft nicht automatisch mehr Sicherheit, da wirken andere Mechanismen. Gleichwohl müssen die Polizistinnen und Polizisten präsent sein und angemessen geschützt werden. Ich halte die Stärkung des bürgerlichen Engagements, der Prävention, das »aufeinander Aufpassen« in der Gesellschaft für mindestens genauso wichtig. Das beginnt mit demokratischer Bildung von Kindern und Jugendlichen.

Wer eine Geldstrafe nicht zahlen kann oder will, wandert mitunter für kurze Zeit hinter Gitter – mit allen Folgen. Sollte man nicht lieber auf gemeinnützige Arbeit setzen?

Wer eine Straftat begangen hat und verurteilt wurde, muss Buße tun und das nötigenfalls im Gefängnis. Ich bin aber dafür, stärker verhängte Sanktionen in Form von Arbeitsleistung zu umzuwandeln, weil viele Betroffene eine Geldstrafe schlicht nicht zahlen können. Mit Arbeit tun sie der Gesellschaft etwas Nützliches, anstatt im Gefängnis zu sitzen, was am Ende wir alle bezahlen.

Zum Schluss: Was sagen Sie dazu, dass bis vor kurzem ein Rechtsextremist als Richter am Amtsgericht Dippoldiswalde tätig war?

Wer den Beruf eines Richters oder Staatsanwaltes ausübt, muss mit beiden Beinen in der Verfassung stehen. Wer sie infrage stellt, hat mit Konsequenzen zu rechnen. Die Bevölkerung muss Vertrauen in jede Person haben können, die in ihrem Namen Recht spricht. Das gilt es im Rechtsstaat zu sichern.

»Wer eine Straftat begangen hat und verurteilt wurde, muss Buße tun und das nötigenfalls im Gefängnis. Ich bin aber dafür, stärker verhängte Sanktionen in Form von Arbeitsleistung zu umzuwandeln, weil viele Betroffene eine Geldstrafe schlicht nicht zahlen können. Mit Arbeit tun sie der Gesellschaft etwas Nützliches, anstatt im Gefängnis zu sitzen, was am Ende wir alle bezahlen.«

Alex Theile

Wie können die Kommunen unser L

Über den Großteil unseres öffentlichen Lebens wird nicht in Dresden oder Berlin bestimmt, sondern in den Landkreisen, Städten und Gemeinden, in denen wir leben. Hier beantworten unsere Abgeordneten die Frage, wie unser Leben vor Ort besser und gerechter gemacht werden kann – und wie die Staatsregierung Sachsens Kommunen dabei unterstützen muss.



Marco Böhme

Sprecher für Mobilität
marco.boehme@slt.sachsen.de

»Was nützt ein 9-€-Ticket, wenn kein Bus fährt?! Selbstverständlich begrüßen wir die zwischenzeitliche Reduzierung der Fahrpreise und kämpfen für einen dauerhaft günstigen öffentlichen Personennahverkehr. Nur: Was bringen niedrige Ticketpreise, wenn vor allem im ländlichen Raum so gut wie kein Bus fährt?! Menschen können nur auf umweltfreundliche Mobilitätsformen mit Bus und Bahn umsteigen, wenn auch ein entsprechendes Angebot vorhanden ist. Wir wollen deshalb gesetzlich attraktive Mindestbedien-standards, einführen, nach dem Vorbild der Schweiz. Der Freistaat muss den Landkreisen dann dabei unter die Arme greifen, die attraktiven Verbindungen umzusetzen.«



Nico Brünler

Sprecher für Digitalisierung
nico.bruebler@slt.sachsen.de

»Die Digitalisierung aller Schulen ist eine Zukunftsfrage. Damit dürfen die Kommunen nicht allein gelassen werden. Es müssen nicht nur endlich alle Schulen einen Breitband-Anschluss bekommen, sondern sie brauchen auch vom Freistaat bezahlte »Digital-Hausmeister«. Diese sollen für die Rechentechnik, die Vernetzung und die Datensicherheit in der Schule verantwortlich sein. So wie Unternehmen hauptamtliche Systemadministratoren haben, kann diese Aufgabe auch an der Schule nicht dauerhaft von Lehrkräften zusätzlich zu ihrer eigentlichen Aufgabe geleistet werden.«



Sarah Buddeberg

Sprecherin für Gleichstellung
sarah.buddeberg@slt.sachsen.de

»Statistisch gesehen wird an jedem dritten Tag in Deutschland eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet. Frauenmorde und geschlechtsspezifische Gewalt sind weder Einzelschicksal noch Privatsache, sondern ein Problem unserer Gesellschaft. Allerdings ist der Schutz vor häuslicher Gewalt immer noch keine Pflichtaufgabe der Kommunen – die Hilfsstrukturen sind unterfinanziert. Immer wieder müssen Hilfesuchende Frauen und mitbetroffene Kinder abgewiesen werden. Kriseninterventionsstellen und Frauenschutzhäuser muss es in jedem Landkreis geben. Sachsen braucht mindestens 200 neue Plätze, um die Istanbul-Konvention zu erfüllen. Der Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt ist kein Luxus, sondern muss in allen Kommunen gewährleistet werden!«



Antje Feiks

Sprecherin für den ländlichen Raum
antje.feiks@slt.sachsen.de

»Der Bäcker hat dichtmacht, die Sparkasse schließt und an einen Supermarkt ist gar nicht erst zu denken. Immer mehr Menschen fühlen sich abgehängt. All das ist Realität in vielen kleinen Kommunen Sachsens. Deshalb muss man über Alternativen nachdenken, etwa über genossenschaftliche oder vereinsgetragene Dorfläden, vom Staat finanziell unterstützt. Auch ein öffentlich gefördertes Nahversorgungsnetz, das dort einspringt, wo sich die Privatwirtschaft zurückgezogen hat, ist überfällig. Die Staatsregierung muss handeln!«



Rico Gebhardt

Fraktionsvorsitzender

rico.gebhardt@slt.sachsen.de

»Der Freistaat führt seine Kommunen seit vielen Jahren an der kurzen Leine – damit der Finanzminister einen guten Landeshaushalt präsentieren kann, fließt zu wenig Geld an die Landkreise,

Städte und Gemeinden. Das mag technokratisch klingen, hat aber vor Ort ganz konkrete Folgen: Kitas und Schulen können nicht saniert, Vereine oder der Jugendclub nicht gefördert werden, Straßen bleiben schlecht, Schwimmbäder schließen, Spiel- und Sportplätze verrotten. Vielerorts ist nicht wirklich mehr »was los«. Das ist keine solide Finanzpolitik, sondern Substanzverzehr. Wir wollen damit Schluss machen! Mehr Geld gehört an die Basis, damit Sie und ich mitentscheiden können, wofür es ausgegeben werden soll.«



Anna Gorskih

Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik
anna.gorskih@slt.sachsen.de

»Die Leute vor Ort – und besonders Kinder und Jugendliche – sollen mehr Möglichkeiten bekommen, bei politischen Entscheidungen mitzumischen. Die Staatsregierung muss es den Kommunen rechtlich und finanziell ermöglichen, Beteiligungsformate wie gewählte Jugendvertretungen oder offene, projektbezogene sowie auch Mix-Formen der Beteiligung anzubieten. Jede Kommune, die das Leben der jungen Menschen vor Ort besser machen will, muss für sich selber klären, welche Form der Jugendbeteiligung am sinnvollsten und am besten machbar ist.«

ebenen besser und gerechter machen?



Kerstin Köditz

Sprecherin für
antifaschistische Politik
[kerstin.koeditz@
slt.sachsen.de](mailto:kerstin.koeditz@slt.sachsen.de)

»Gerade in Sachsen versuchen Nazis immer wieder, Immobilien zu kaufen, besonders im ländlichen Raum – für Konzerte, als Treffpunkte, als Geschäftsräume oder als völkische Siedler. Sie verstehen das als Bausteine für eine rechte Gegengesellschaft. Manchmal werden diese Versuche im Vorfeld bekannt. Wir wollen, dass die Kommunen dann mit guten Aussichten versuchen können, die jeweilige Immobilie selbst zu kaufen. Dafür sollte der Freistaat einen Fonds gründen. Niemand will Nazis als Nachbarn haben!«



Antonia Mertsching

Sprecherin für
Strukturwandel
[antonia.mertsching@
slt.sachsen.de](mailto:antonia.mertsching@slt.sachsen.de)

»Beteiligung ist der Schlüssel gegen die Angst vor Veränderungen. Nicht nur, aber gerade vor allem im Rahmen des Strukturwandels in den Kohlerevieren fordern wir, dass Sie vor Ort stärker mitmischen können. Unsere Welt, unsere Gesellschaft befindet sich im Umbruch.

Wenn wir diese Veränderungen positiv nutzen wollen, müssen alle informiert, befragt oder auch an Entscheidungen beteiligt werden. Was ist für unsere Gemeinde wichtig? Wo müssen wir Abstriche machen? Wie wollen wir die Zukunft gestalten, wenn es nicht wie bisher weitergeht? Diesen Fragen müssen wir unsehrlich gemeinsam stellen.«



Juliane Nagel

Sprecherin für
Wohnungspolitik
[juliane.nagel@
slt.sachsen.de](mailto:juliane.nagel@slt.sachsen.de)

»Sozialer Wohnungsbau in Sachsen ist derzeit nur eine soziale Zwischennutzung. Die Belegungs- und Mietpreisbindung der Wohnungen, die jetzt mit Bundes- und Landesmitteln in den Kommunen gebaut werden, endet nach fünfzehn Jahren – dann landen die Wohnungen auf dem weitgehend ungezähmten Markt. Das ist weder sinnvoll noch nachhaltig. Die Kommunen sollten Zuschüsse vom Freistaat bekommen, um eine dauerhafte Bindung zu schaffen. Dazu müssen die Bindungszeiträume verlängert, verbilligtes Bauland oder Erbbaurechte als Förderinstrumente eingesetzt und vorrangig öffentliche und gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen damit unterstützt werden.«



Luise Neuhaus-Wartenberg

Sprecherin für
Bildungspolitik
[luise.neuhaus-wartenberg@
slt.sachsen.de](mailto:luise.neuhaus-wartenberg@slt.sachsen.de)

»Wenn wir über Bildung reden, dann auch darüber, wo sie stattfindet: Klar, in den Kommunen, vom Kindergarten über die Schule bis hin zu Berufs- und Weiterbildungsstätten. Gerade in diesen Zeiten großer gesellschaftlicher Veränderungen braucht es die richtigen Ansätze für kommunale Bildungspolitik. Dazu gehört auch vorausschauendes Bildungsmanagement, das bildungspolitische Ziele mit konkreten Maßnahmen verknüpft, mitsamt den nötigen Ressourcen. Gleiche Entwicklungsmöglichkeiten für alle und das überall!«

Hausärzte, Fachärztinnen und Fachärzte. Nachwuchs für Praxen lässt sich schwer finden, weil eine Niederlassung teurer und schwieriger ist als eine Anstellung im Krankenhaus oder im Medizinischen Versorgungszentrum, wie die Poliklinik heute heißt. Die Staatsregierung muss die Kommunen unterstützen, indem sie Praxisgründungen und Praxisübernahmen attraktiver macht. Gesundheit ist keine Ware – und allen steht eine gute wohnortnahe Versorgung zu!«



© Maximilian Kretschmar



Susanne Schaper

Sprecherin für Soziales
und Gesundheit
[susanne.schaper@
slt.sachsen.de](mailto:susanne.schaper@slt.sachsen.de)

»Vor allem abseits der Großstädte fehlen Hausärztinnen und





Mirko Schultze

Sprecher für
Kommunales
[mirko.schultze@
slt.sachsen.de](mailto:mirko.schultze@slt.sachsen.de)

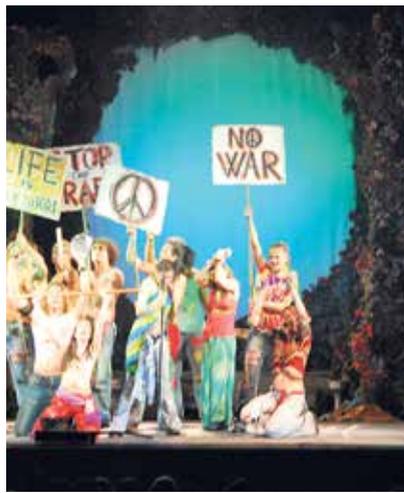
»Wir haben die Idee, das Geld zwischen Freistaat, Landkreisen sowie den Städten und Gemeinden neu zu verteilen. Wir wollen weg von starren goldenen Zügeln in Form von Förderprogrammen und Verwaltungsvorschriften und hin zu einer wirklichen kommunalen Selbstverwaltung. Die Bürgerinnen und Bürger leben in den Städten und Gemeinden, nicht im Finanzministerium. Deshalb soll ihnen auch ihr Dorf und ihre Stadt gehören, und sie sollen mehr Freiraum haben, darüber zu entscheiden, was für sie wichtig ist und was nicht. Folglich müssen die Kommunen auch genug Geld haben für Spielplätze, Freibäder oder Sportstätten!«



Franz Sodann

Sprecher für
Kulturpolitik
[franz.sodann@
slt.sachsen.de](mailto:franz.sodann@slt.sachsen.de)

»Die letzten Jahre waren geprägt von Befürchtungen, Ängsten, von Isolation, Unsicherheit und Einsamkeit. Und wir kommen nicht zur Ruhe. Die nächsten Krisen brechen auf uns ein, Krieg, Inflation. Wir brauchen Ruhe, Schönes, gemeinsames Erleben und Anregungen, nicht nur reine Ablenkung und Berieselung. Schopenhauer sagte: »Licht senden in die Tiefe des menschlichen Herzens, des Künstlers Beruf.« Recht hat er und das kann Kunst und Kultur. Hoffnung geben, Mut Neues zu denken. Darum Finger weg von Kürzungen in Kunst und Kultur jetzt und im nächsten Doppelhaushalt. Mehr wäre die richtige Medizin.«



Marika Tändler-Walenta

Sprecherin für
Sportpolitik
[marika.taendler-
walenta@
slt.sachsen.de](mailto:marika.taendler-walenta@slt.sachsen.de)

»Sportvereine sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Sie ermöglichen körperlichen Ausgleich für alle Altersgruppen, Spaß und Gesundheit für Kinder, aber auch sozialen Zusammenhalt in der Gemeinde. Die Pandemie hat allerdings auch die Vereinsarbeit fast vollständig zum Erliegen gebracht. Wir fordern eine Starthilfe, damit die Vereine finanziell dabei unterstützt werden, aus diesem Loch herauszukommen, und um ihre wichtige ehrenamtliche Arbeit zu honorieren. Eine lebendige Kommune braucht eine lebendige Vereinskultur!«



In aller Kürze

Kita-Elternbeiträge einfrieren!

Der Alltag wird schneller teurer als die Einkommen wachsen – nicht nur die Pandemie belastet auch in diesem Jahr viele Familien besonders stark. Wenn die klammen Kommunen dann auch noch die Kinderbetreuung verteuern müssen, wird das Problem noch größer. Wir wollen erreichen, dass die Elternbeiträge für die Kita-Betreuung mindestens bis Ende 2022 nicht steigen. Damit die Betreuungsqualität stimmt und die Kommunen nicht überlastet werden, soll der Freistaat für Mehrkosten aufkommen. Die Träger müssen für bessere Arbeitsbedingungen und Einkommen sorgen, wenn wir genug Personal für die frühkindliche Bildung gewinnen wollen!

Linksfraktion beruft »Runden Tisch Alleinerziehende« ein

In Sachsen leben etwa 135.000 Alleinerziehende. Obwohl die allermeisten von ihnen berufstätig sind, lebt ein Großteil mit ihren Kindern in Armut. Die Kenia-Koalition versprach 2019 einen Aktionsplan, um ihnen zu helfen – geliefert hat sie ihn nicht. Die Fachverbände boten mehrfach ihre Unterstützung an, die sie an einem Runden Tisch einbringen wollen. Sie kassierten allerdings Absagen. Wir haben die Sache nun in die Hand genommen und gemeinsam mit dem Landesfrauenrat e.V., dem Landesfamilienverband SHIA e.V. sowie dem Frauenförderwerk Dresden e.V. einen Runden Tisch ins Leben gerufen, der konkrete Forderungen erarbeitet. Vorgeschlagen werden beispielsweise 24 Monate Elterngeld-Bezug, flexible und bezahlbare Kinderganztagesbetreuung oder Gutscheinelösungen fürs Babysitten oder die Haushaltshilfe. Die Koalition muss handeln!

Familienpass breiter zugänglich machen

In der Pandemie ist der Bedarf an Erholung und positiven Erlebnissen besonders groß. Wer wenig Geld hat, muss dennoch auf Freizeitangebote verzichten. Mit dem Familienpass Sachsen können Familien bestimmte Einrichtungen des Freistaates kostenlos besuchen, etwa Museen, Burgen und Schlösser. Allerdings ist der Kreis der Berechtigten eingeschränkt. Wir wollen den Pass für alle Familien öffnen, die mindestens ein Kind haben. Die Staatsregierung muss handeln!

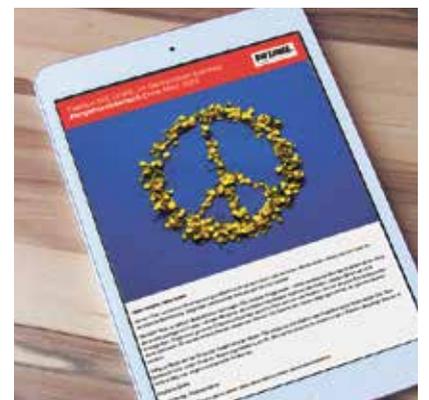
Lehrkräftemangel mit Wertschätzung bekämpfen

Sachsen erwartet in den nächsten Jahren noch mehr Schulkinder. Hinzu kommen pandemiebedingte Bildungsverluste, Digitalisierung, Inklusion und die Aufgabe, die ukrainischen Kriegsoffer zu beschulen. Die Aufgaben wachsen – doch in den nächsten zehn bis 15 Jahren geht etwa die Hälfte der Lehrkräfte in den Ruhestand. Lehrpersonal fehlt selbst dann, wenn alle freiwerdenden Stellen nachbesetzt werden könnten. Schon das gelingt derzeit nicht. Werbekampagnen helfen kaum: Die Lehramtsausbildung muss in den Regionen verankert werden, damit junge Menschen nicht wegziehen. Das Landesamt für Schule und Bildung muss mit Bewerberinnen und Bewerbern wertschätzend umgehen und ihnen nicht Aussicht auf Überlastung, sondern auf Innovation und Freiheit bieten. Die Lehrpläne müssen dazu überarbeitet werden. Auch Gemeinschaftsschulen können helfen, den Lehrkräftemangel zu überwinden. Sie ermöglichen durch das längere gemeinsame Lernen über Schulstufen hinweg größere Flexibilität.

Landtag von links – kompakt und aktuell

Zeit ist knapp und wir alle freuen uns über prägnante Information. Deshalb gibt es auf Wunsch per E-Mail das Wichtigste von links aus Sachsens Parlament – ohne Tamtam und Textwüsten, und zwar immer zur Monatsmitte und am Monatsende. Natürlich kostenfrei und jederzeit kündbar.

Jetzt abonnieren:
[www.linksfraktionsachsen.de/service/
newsletter](http://www.linksfraktionsachsen.de/service/newsletter)



Enttäuschte Erwartungen

Als die Kenia-Koalition ins Amt kam, prophezeiten wir dem wiedergewählten Ministerpräsidenten im Landtag: Ihr Bündnis wird eine Regierung der enttäuschten Erwartungen sein. Offensichtlich lagen wir nicht falsch. Immer wieder zeigt sich, dass in der Koalition zusammengepresst ist, was nicht zusammengehört, und dass sie nicht liefern kann, was sie 2019 versprach.

Der MDR beauftragte im Februar eine DIMAP-Befragung der sächsischen Bevölkerung. Ein Ergebnis: »Wurde die Arbeit der Landesregierung im August 2021 noch von einer Mehrheit der Sachsen positiv bewertet (59 Prozent), kommen aktuell nur noch vier von zehn zu einem positiven Urteil.«

Streit als Normalfall?

Harmonie gibt es in dieser Koalition nur als Schauspiel. Die Liste der Streitthemen ist lang, vieles steht in den Sternen – etwa ein Vergabegesetz, das staatliche Aufträge nur Unternehmen zugesteht, die ihre Beschäftigten anständig bezahlen. Um eine Reihe anderer Vorhaben wurde lange erbittert gerungen, etwa um das Bildungsticket. Aktuell laufen die Verhandlungen zum Landeshaushalt und zur Streitfrage, wie schnell die Corona-Kredite getilgt werden sollen. Die jährlichen Rückzahlungen führen sonst schnell zu schwerwiegenden Kürzungen.

Weitere Streitpunkte waren und sind der Kohleausstieg, die Windenergie-Nutzung, der Umgang mit Asylsuchenden oder die ständigen Fehler und Affären des inzwischen zu Recht entlassenen Innenministers Roland Wöllner. Wenn man manche Presseerklärungen liest, meint man mitunter, die Grünen und die SPD seien in der Opposition, nicht in der Regierung. Konflikte sind in Koalitionen unvermeidlich, aber in Sachsen nehmen sie enorm viel Raum ein. Das lässt sich nicht mit einem Verweis auf die Corona-Pandemie entschuldigen, auch wenn sie für manche Verzögerung gesorgt hat. Konflikte sind in der Bevölkerung zu Recht indes ebenso wenig beliebt wie Parteiengizänke an sich. Der Ministerpräsident sollte vermitteln und die Richtung vorgeben, stattdessen steht er sich selbst im Weg.

Das Problem Kretschmer

Mindestens fünf Koalitionsabgeordnete hatten Kretschmer bei seiner Wiederwahl ihre Stimme verweigert. Auch sie misstrauten wohl dem Nimbus, den viele dem jungen Regierungschef zugestanden: Kretschmer sei besonders bürgernah, rede mit allen, sei ein Problemlöser. Wahr war das nie. Zwar behauptet er, »grundsätzlich mit allen Menschen« zu sprechen, »die an einem sachlichen Austausch und ernsthaften Diskussionen interessiert sind«. Doch so handelt Kretschmer eben nicht – zumindest redet er nicht mit Leuten, die politisch links von ihm stehen. Wer schreit und die Demokratie zersetzen will, findet hingegen Gehör. In Frankenberg etwa ging Kretschmer demonstrativ auf eine Menge zu, die ihm erkennbar nichts sagen wollte – sie brüllte nur »Hau ab«. Von Erich Kästner ist die Warnung überliefert, man solle nicht den Kakao auch noch trinken, durch den man gezogen wird.

Schon vor der Pandemie entstanden aus Kretschmers zahlreichen Gesprächsforen Listen von Zusagen, dieses oder jenes Problem zu lösen – wenig ist eingelöst. In besagter MDR-Befragung befanden nur 48 Prozent, dass sie mit Kretschmers Arbeit zufrieden

seien. 2019 waren es noch 71 Prozent gewesen. Eine Ursache sind sicherlich auch seine kommunikativen Fehlleistungen.

Ein Ministerpräsident als Irrlicht

Nicht nur dort, aber vor allem in der Corona-Krisenkommunikation hat Kretschmer immer wieder Richtungswechsel vollzogen, Erwartungen geweckt und enttäuscht. Einmal verkündete er, ab sofort könnten auch Kinder ab 14 Jahren im Impfzentrum die Schutzimpfung erhalten – das Deutsche Rote Kreuz als Betreiber wusste nichts davon. Ein anderes Mal verkündete sein Kabinett, man verlängere die Corona-Notfallverordnung unverändert, um die Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz abzuwarten. Noch vor dieser Konferenz platzte der Regierungschef jedoch mit einem Kurswechsel heraus. Seine Regierung betonte lange, Weihnachtsmärkte könnten stattfinden, um sie dann absagen zu lassen.

Manche Äußerungen Kretschmers lassen einfach erstaunen. Im Januar 2021 gab er zu Protokoll, erst der Besuch in den Krankenhäusern habe ihm deren Überlastung vor Augen geführt – »Ich hätte mir gewünscht, dass ich früher gewarnt worden wäre.« Überhaupt hätten »wir alle« das Virus unterschätzt. Erklärt hat er hingegen nie, weshalb Sachsen im letzten Sommer so früh alle Impfzentren schloss oder weshalb es ewig dauerte, bis erste Fördermittel für Luftfilter an den Schulen ankamen.

Ende September bezichtigten sich die Koalitionsparteien sogar im Landtag der Lüge. Wir hatten kritisiert, dass der Ministerpräsident dem Steuerflüchtling und Milch-Milliardär Theo Müller in einem Schweizer Nobelhotel den Sächsischen Verdienstorden angeheftet hatte. Dabei ist Müller kein Vorbild, weil es ihm – so sagt er selbst – nur um »Gewinn, Gewinn, Gewinn« geht. Mit kreativen Geschäftspraktiken ergatterte er Millionensubventionen: So zauberte er im Handumdrehen aus einer Molkerei in Leppersdorf neun kleine eigenständige Firmen. Diejenigen, die Müllers Erfolg erarbeiten, haben nichts davon: Müller entlohnt sie nicht nach Tarif, seine ostdeutschen Beschäftigten erhalten deutlich weniger Geld als ihre westdeutschen Kollegen. Kretschmer behauptete, das Wirtschafts- und das Umweltministerium hätten keine Einwände gegen seine Entscheidung erhoben, Müller auszuzeichnen. SPD und Grüne bestritten das postwendend als unwahr, Kretschmer aber blieb dabei. Müller besitzt die Auszeichnung bis heute.

Gerechtigkeit gibt es nicht mit der CDU

Die CDU hängt bis heute an ihrem Anspruch, Sachsens Staatspartei zu sein. Es fällt ihr immer noch schwer, die Macht zu teilen – in der Regel tritt sie als Verhinderungsmacht auf, der selbst nicht mehr viel einfällt. Die Leipziger Volkszeitung befand, ihre Landtagsfraktion scheinere »intellektuell ausgeblutet« zu sein. Schon für einen Wöllner-Nachfolger aus Sachsen oder wenigstens aus dem Osten fehlt das Personal.

Übrig ist wenig mehr als stupide Auffassung, je weniger Geld der Freistaat ausbebe, desto größer sei das Lob der Bevölkerung für die CDU. Wohin dieser Irrweg führt, wissen wir, Stichwort Lehrkräftemangel. Sachsen verdient eine Regierung, die Erwartungen erfüllt und unser Land gerechter macht.



Michael Kretschmer,
Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

Die Koalition liefert nicht das, was sie verspricht. Die Unzufriedenheit wächst.

48 Prozent der Menschen in Sachsen sind mit der Arbeit des Ministerpräsidenten kaum oder gar nicht zufrieden – 25 Prozentpunkte mehr als vor der Landtagswahl 2019



Menschenrechte sind unverhandelbar

Von Clara Bünger

Ich bin mit dem Versprechen angetreten, dafür zu kämpfen, dass die Menschenrechte wirklich für alle gelten. Davon sind wir weit entfernt.

Besonders gravierend werden die Rechte von geflüchteten Menschen an den europäischen Außengrenzen verletzt, zum Beispiel in Polen. Nachdem seit Sommer 2021 vermehrt Schutzsuchende versuchten, über Belarus in die EU zu gelangen, errichtete Polen entlang der Grenze eine militärisch abgeriegelte Sperrzone. Weder Hilfsorganisationen noch Journalist:innen haben dort Zugang. Mindestens 21 Menschen sind im Grenzgebiet ums Leben gekommen, mitten in Europa! Tausende wurden illegal und gewalttätig nach Belarus zurückgeschoben. Die wenigen Geflüchteten, die es nach Polen geschafft haben, wurden unter unmenschlichen Bedingungen in geschlossenen Lagern inhaftiert. Dieses Vorgehen widerspricht eindeutig europäischem Recht. Doch auf öffentliche Kritik der Bundesregierung oder der EU wartete man vergebens.

Um mir ein Bild von der Situation zu machen, begab ich mich mit Genoss:innen der LINKEN und Aktivist:innen aus der Refugeearbeit auf eine Delegationsreise nach Polen. In den Gesprächen wurde klar: Es gibt keine Migrationskrise, sondern eine humanitäre Krise, die aktiv von der rechten polnischen Regierung hergestellt wird – mit Billigung der EU. Besonders beeindruckt haben mich die vielen Aktiven, die es nicht hinnehmen,

dass Menschen in ihrer unmittelbaren Nähe an Kälte, Hunger und Unterversorgung sterben, die trotz drohender Kriminalisierung in den Wäldern den dort festgehaltenen Menschen helfen. Diese Solidarität müssen wir stärken! Von der Bundesregierung fordere ich, dass sie Schutzsuchende aufnimmt und alle Dublin-Abschiebungen nach Polen stoppt. Sie darf zu den Rechtsbrüchen in Polen nicht länger schweigen. So gut und wichtig die Aufnahme der Menschen aus der Ukraine ist – es ist genauso wichtig, dass wir andere Menschen, die ebenfalls vor Krieg fliehen, nicht schlechter behandeln. Es darf keine Geflüchteten 1. und 2. Klasse geben!

Ebenso wichtig ist es aus meiner Sicht, auch auf die Lebensumstände bei uns zu schauen. Ein Beispiel dafür ist das »Samocca« in Aue. Ein außergewöhnliches Café, das Arbeitsplätze für Menschen mit Handicaps schafft, und nun ein Opfer seines Erfolges zu werden droht. So musste durch Personalausfälle im Vollbetrieb der Träger um Verstärkung gebeten werden. Das Ergebnis war eine Verkürzung der Öffnungszeiten – gegen den Willen der Beschäftigten. Für die Betroffenen ist das eine katastrophale Entscheidung. Die eingeschworene Gemeinschaft droht zerstört zu werden, Mitarbeiter:innen werden außerhalb vermittelt. Die Arbeit, welche einen Halt und Sinn in ihrem Alltag bringt, steht vor dem Aus. Die Mitarbeiter:innen müssen eingebunden und der unsensible Umgang mit ihnen beendet werden. Hier stehe ich an ihrer Seite.

Clara Bünger rückte im Januar 2022 für die langjährige Sozialpolitikerin Katja Kipping in den Bundestag nach. Geboren 1986 in Oldenburg, aufgewachsen in Freiberg, studierte sie in Leipzig Jura. Als Volljuristin engagiert sie sich beruflich und ehrenamtlich in der Menschenrechtsarbeit. In der Linksfraktion übernimmt sie jetzt die Sprecherinnenbereiche für Rechts- und Flüchtlingspolitik als Schwerpunkt-aufgaben. Ihren Wahlkreis hat sie im Erzgebirge.

»Ich bin mit dem Versprechen angetreten, dafür zu kämpfen, dass die Menschenrechte wirklich für alle gelten. Davon sind wir weit entfernt.«



Immer ansprechbar

Von Sören Pellmann

Als im Süden von Leipzig direkt gewählter Bundestagsabgeordneter habe ich eine besondere Verantwortung für unser Bundesland. Es ist mir wichtig, in regelmäßigen Bürgersprechstunden und mit beständigen Informationsständen für möglichst viele Menschen permanent ansprechbar zu sein. Fast täglich können Sie mich daher weit über meinen Wahlkreis hinaus in Leipzig antreffen.

DIE LINKE ist das soziale Gewissen in der bundesdeutschen Politik und zugleich eine starke Stimme gegen die vielen Ungerechtigkeiten in unserem Land. #NahDran war das Motto meines erfolgreichen Wahlkampfes und dieses Motto gilt auch weiterhin: bei Streiks der Gewerkschaften oder von Fridays for Future, bei Vorortbesuchen in Vereinen und sozialen Einrichtungen, bei Protestaktionen oder einfach am Informationsstand und bei Touren durch ganz Sachsen. Sprechen Sie mich und mein Team an.

Als neuer Ostbeauftragter der Linksfraktion im Bundestag verstehe ich mich als Ansprechpartner für eine Vielzahl von Themen, die in Leipzig und Sachsen relevant sind: Hohe Energiepreise, steigende Mieten, ungerechte Renten, Pflegenotstand, die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und natürlich die noch immer massive strukturelle Benachteiligung des Ostens. Die Tagesschau sprach unlängst von der »westdeutschen Regierung«. Zu Recht: es gibt nur

zwei Ministerinnen aus dem Osten; vom weiteren Führungspersonal stammen lediglich fünf von 144 Funktionsträgern aus Ostdeutschland. Angesichts dieses Skandals ist eine starke LINKE Opposition mit Ossi-Kompetenz im Bundestag dringend notwendig.

Als ausgebildeter Förderschullehrer vertrete ich auch in der neuen Wahlperiode mein Herzensthema Inklusion und Teilhabe. Noch immer bestehen zu viele reale Hindernisse für Menschen mit Behinderungen. Dazu kommen zahlreiche Barrieren in den Köpfen, die längst überholt sind. Menschen mit Behinderung sind vollwertige Mitglieder der Gesellschaft! Diese Tatsache wird umso klarer, wenn man bedenkt, dass in Deutschland knapp acht Millionen direkt Betroffene leben. Besonders fatal ist deren Arbeitsmarktsituation. Sie sind sowohl häufiger als auch länger arbeitssuchend als andere Menschen. Wer dann noch in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung arbeitet, der muss in Sachsen mit Stundenlöhnen von unter 1,50 € auskommen. Auch das ist ein Skandal, der unverzüglich beendet werden muss.

Als starke LINKE Opposition wollen wir nicht nur in den Parlamenten, sondern vor allem im öffentlichen Raum und konkret vor Ort für Sie wieder erkennbar sein und mit Ihnen gemeinsam kämpfen. Linke Politik ist lautstark, konsequent und stets nah dran an Ihren realen Problemen. Dafür stehe und kämpfe ich.

Sören Pellmann ist Ostbeauftragter und Sprecher für Inklusion und Teilhabe. Daneben ist er Sprecher der Landesgruppen Sachsen und Ost der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Der 45-jährige Grund- und Förderschullehrer gewann 2017 und 2021 das Direktmandat im Wahlkreis Leipzig-Süd. Er sitzt zudem für DIE LINKE im Leipziger Stadtrat und ist dort Vorsitzender seiner Fraktion.

»DIE LINKE ist das soziale Gewissen in der bundesdeutschen Politik und zugleich eine starke Stimme gegen die vielen Ungerechtigkeiten in unserem Land.«



Mietenkrise wirksam bekämpfen

Von Caren Lay

Die Mietenkrise hat längst auch Sachsen erreicht. Landesweit steigende Mieten, stark gestiegene Bodenpreise, ein weiterer Verkauf von Bundesliegenschaften sowie eine stark rückläufige Zahl an Sozialwohnungen – das ist im Freistaat leider bittere Realität. Beispielsweise stiegen die Mieten in Leipzig innerhalb der letzten zehn Jahre um mehr als 42 % – in Dresden im gleichen Zeitraum um 30 %. Doch nicht nur in den großen Städten steigen die Preise stark an, auch im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge oder im Landkreis Nordsachsen stiegen die Mieten in den letzten zehn Jahren um jeweils mehr als 15 %. Gleichzeitig ist die Anzahl der Sozialwohnungen seit 2011 um 85 % gesunken. 7.000 Sozialwohnungen weniger pro Jahr bedeuten, dass rund alle 30 Stunden eine Sozialwohnung irgendwo in Sachsen wegfällt.

Für immer mehr Menschen ist die Miete eine existenzielle Belastung. Gerade angesichts der explodierenden Energiepreise bleibt für viele Menschen nach Abzug der Miete und Energiekosten immer weniger Geld zum Leben. Unter der Kanzlerin Angela Merkel hat die CDU 16 Jahre lang die Mietenkrise nicht ernst genommen und keine wirksame Mietenpolitik zum Wohle der Mieterinnen und Mieter gemacht. Auch unter der Ampelregierung droht sich dies fortzusetzen. Anstatt dem Mietenwahnsinn etwas Wirksames

entgegenzusetzen, wurden im Koalitionsvertrag nur halbherzige Maßnahmen vereinbart. Um es ganz klar zu sagen: Unter der Ampel werden die Mieten weiter steigen und die Mieterinnen und Mieter weiter belastet werden.

Als LINKE sagen wir: Es braucht fundamentale Eingriffe bei der Mietpolitik, um die Mietenkrise in den Griff zu bekommen. Für Großstädte wie Leipzig oder Dresden fordern wir einen Mietstopp. Zudem wollen wir einen Neustart im Sozialen Wohnungsbau. In Sachsen fehlen weit über 100.000 bezahlbare Wohnungen – der Neustart im Sozialen Wohnungsbau muss diese Lücke in den nächsten Jahren spürbar schließen. Angesichts der gestiegenen Energiepreise wird immer wichtiger, was wir von Anfang an gesagt haben: Der CO₂-Preis fürs Heizen darf nicht auf die Mieterinnen und Mieter umgelegt werden. In einer unsanierten Altbauwohnung entstehen dadurch gerade Mehrkosten von 130–190 Euro pro Jahr. Tendenz steigend. Wir sagen: Schluss damit. Der Vermieter ist für den Zustand des Gebäudes und für die eingebaute Heizung verantwortlich und muss daher auch den kompletten CO₂-Preis aufs Heizen tragen. Es braucht endlich wirksame Maßnahmen gegen den Mietenwahnsinn. Wir streiten dafür, dass Wohnen für Millionen Menschen nicht länger Luxus ist.



Caren Lay ist die Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag für Mieten-, Bau- und Wohnungspolitik sowie für Clubpolitik. Sie ist 1972 geboren, ist studierte Soziologin und vertritt seit 2009 den Wahlkreis Bautzen in Berlin. Zuvor saß sie für DIE LINKE im Sächsischen Landtag.

»Es braucht fundamentale Eingriffe bei der Mietpolitik, um die Mietenkrise in den Griff zu bekommen. Wohnen darf kein Luxus sein!«

Geheimdienstkontrolle, Sport und Katastrophenschutz

Von André Hahn

Die Themenpalette, die ich als in der Sächsischen Schweiz wohnender Abgeordneter zu bearbeiten habe, ist sehr vielfältig. Seit 2014 gehöre ich dem Parlamentarischen Kontrollgremium für die drei deutschen Nachrichtendienste BND, Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Militärischen Abschirmdienst an, und ich bin auch der erste Linke in der Geschichte der Bundesrepublik, der den Vorsitz dieses Gremiums innehat.

Dass DIE LINKE Geheimdiensten sehr kritisch gegenübersteht und in letzter Konsequenz deren Abschaffung fordert, ist bekannt, denn diese sind ein Fremdkörper in der Demokratie, weil sie sich nicht wirklich kontrollieren lassen (wollen). Zudem gehört zur parlamentarischen Kontrolle auch größtmögliche Transparenz, die hier schon deshalb nicht gewährleistet ist, weil die meisten Ergebnisse der Tätigkeit des Gremiums einer strengen Geheimhaltung unterliegen. Dennoch ist es unheimlich wichtig, dass auch die Positionen der LINKEN im kleinsten Ausschuss des Bundestags artikuliert werden kann.

Dass inzwischen bei rechtsextremistischen Vorfällen in der Bundeswehr nicht länger von »bedauerlichen Einzelfällen« geredet, die Existenz von rechten Netzwerken nicht länger geleugnet wird und endlich dort beteiligte Soldaten aus dem Dienst entfernt werden,

ist auch ein Ergebnis hartnäckiger Kontrolle, der ich mich verschrieben habe.

Ein gänzlich anderer Bereich liegt mir ganz besonders am Herzen, und zwar der Sport, für den ich mich als Obmann im zuständigen Ausschuss und als sportpolitischer Sprecher der Fraktion engagiere. Auch hier gibt es zahlreiche drängende Probleme: Allein bei den Sportstätten und Schwimmbädern im Land existiert ein Investitionsstau von mindestens 30 Milliarden Euro, den Länder und Kommunen nicht allein bewältigen können. Die vom Bund bereitgestellten Mittel sind völlig unzureichend. Auch muss aus Sicht der LINKEN Schluss damit sein, dass durch die Bundesregierung immer wieder betont wird, dass wir ausschließlich für den Spitzensport zuständig seien. Abgesehen davon, dass es auch hier diverse Probleme gibt, kann es doch der Bundesebene nicht egal sein, dass aktuell mehr als 50 Prozent der 10-jährigen nicht richtig oder gar nicht schwimmen können. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Und nicht zuletzt kümmere ich mich um den zivilen Katastrophenschutz. Gerade nach dem verheerenden Hochwasser des letzten Jahres mit zahlreichen Todesopfern und Schäden in Milliardenhöhe muss dort endlich mehr getan werden.



Dr. André Hahn kontrolliert für die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag die Geheimdienste. Daneben macht er Sportpolitik und spielt im FC Bundestag als Stürmer. Der studierte Lehrer für Deutsch und Geschichte ist seit 2013 im Bundestag und vertritt den Wahlkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge.

»Geheimdienste sind ein Fremdkörper in der Demokratie, weil sie sich nicht wirklich kontrollieren lassen (wollen).«

links im Landtag

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Frühjahr 2022

Sie haben das Lösungswort gefunden?

Senden Sie es per Post an:

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

oder per E-Mail an:

raetsel@linksfraktion-sachsen.de

Kennwort: »liL-Preisrätsel«.

Einsendeschluss ist der

31. August 2022 (Poststempel).

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir unter Ausschluss des Rechtsweges fünf **Büchergutscheine!** Die Gewinne werden zugeschickt, deshalb bitte Adresse nicht vergessen. Die Adressdaten werden ausschließlich für die Versendung der Gutscheine an die Gewinner*innen genutzt und danach gelöscht.

Die Finanzierung der Preise erfolgt über Spenden unserer Abgeordneten. Mitarbeiter*innen der Fraktion die LINKE und deren Angehörige sind teilnahme-, aber nicht gewinnberechtigt.

1	2		4	5	6		7	8	9			10	11	12	13	
14			15				16					17				18
19							20					21			22	
23							24					25			26	
			28				29					30			31	
33	34		35													
38							39					40			42	43
			44				45					46	47			
49			50				51								53	
54			55				56								57	
			59				60								63	64
65	66		67												69	70
	71	72					73	74							76	77
78							79					80			81	82
84							85								88	89
90							91								93	94
95							96									98

Lösung:

93	20	49	37	83	63	88
----	----	----	----	----	----	----

DIE LINKE.

Fraktion im Sächsischen Landtag

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Vorsitzender: Rico Gebhardt
Telefon: 0351 493-5800
Telefax: 0351 493-5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Kevin Reißig
Druck: DDV Druck GmbH
Auflage: 1,8 Mio.
Stand: Mai 2022

Titelbild: iStockphoto.com / narvikk

Drucksachen-Nachweise:
Drucksachen 7/893; 7/1645; 7/1646;
7/2193; 7/2806; 7/3270; 7/3315;
7/3816; 7/3817; 7/4205; 7/4301;
7/4607; 7/4895; 7/5416; 7/5439;
7/7120; 7/7121; 7/7157; 7/7219;
7/7552; 7/7628; 7/7643; 7/7648;
7/7975; 7/8249; 7/8301; 7/8325;
7/8964; 7/8994; 7/9316; 7/9337;
7/9374. Alle Drucksachen unter
www.edas.slt.sachsen.de

Waagrecht: 1. in Euro ausgedrückter Tauschwert für Kraftstoff, dessen Höhe die Autofahrer an der Tankstelle ärgert, **10.** umweltfreundliches Massenverkehrsmittel (Kzw.), das trotz der Energiepreisexplosion eine kostengünstigere Alternative zum Auto darstellt, **14.** Abk.: im Auftrag, **15.** griech. Meerestgöttin, **16.** Zentralbank Europas (Abk.), **17.** hilfsbereites Verhalten und ein Herz für die Mitmenschen, insbesondere für schwächere Menschen der Gesellschaft, **19.** verachtenswerter, mit Waffen ausgerüsteter Streit zwischen Staaten, **20.** sächs. »Sportstadt« an der Elbe (Kr. Meißen), **22.** franz.: Gesetz, **23.** Initialen der Loren, **24.** Winkelfunktion im Dreieck (Abk.), **25.** Symbol (Abk.), das Sternsängerkinder an Häuser schreiben, **27.** med. Abk.: Atemfrequenz, **29.** gesellschaftliches Verhalten, bei dem jedem Mensch sein persönliches Recht in gleicher Weise gewährt wird, **33.** mit Wärme versorgen, sollte als Grundbedürfnis bezahlbar bleiben, **36.** Düsseldorfer Einkaufsmeile (Kw.), **37.** engl.: essen, **38.** Gangregler der mech. Uhr, **39.** unbenutzt, **40.** kurz für: in das, **42.** Halbton unter g, **44.** Stadt an der Weißen Elster (Thüringen), **46.** Koranabschnitt, **48.** grausamer altröm. Kaiser, **49.** Koseform von Katharina, **51.** europ. Staat, der sich z.Z. gegen einen Angriffskrieg verteidigen muss und dem unsere Solidarität gewiss ist, **53.** dt. Prof., entwickelte nach ihm benannte Arbeitsmarktregulierung, **54.** asylpolitische Sprecherin der Links-

fraktion im Sächs. Landtag (Juliane), **56.** italien.: gut, **57.** Frauenname, **59.** kurz für: an dem, **60.** Maßeinheit der Lautstärke, **61.** Abk.: summa cum laude (Note Doktorprüfung), **63.** ungefähr, zirka, **65.** Abk.: auf Probe, **67.** der »Wonnemonat«, **68.** Westgermane, Bewohner unseres Bundeslandes, **70.** Vorsilbe: schnell, **71.** LINKEN-Politikerin (Caren) mit Herz für das Lausitzer Seenland, **73.** Sängerin (Kerstin) – »Die immer lacht«, **75.** ärztl. Titel (Abk.), **76.** Fluss zum Golf von Tarent (Italien), **78.** dt. Vorsilbe, **81.** Vorname des Chefs der Fraktion DIE LINKE im Sächs. Landtag Gebhardt, **83.** Abk.: Drucksache, **84.** Ersatz fossiler Energieträger durch erneuerbare Energien, **88.** Regel, Richtmaß, **90.** jetzt, augenblicklich, **91.** elektron. Datenverarbeitung (Abk.), **92.** Koseform von Eveline, **94.** Errichtung von Gebäuden, **95.** elektron. Post (Kw.), **96.** Hühnerprodukt, **97.** Vorname des Politikers Hahn (Die LINKE), **98.** Kfz-Z. Dahme-Spreewald,

Senkrecht: 1. buddhistischer Bettelmönch, **2.** engl. Graf, **4.** Ende der Rennstrecke, **5.** Abk.: Ingenieur, **6.** engl.: nein, **7.** der Fuchs in der Fabel, **8.** franz. Seebad an der Riviera, **9.** Malvengewächs, Heilpflanze, **10.** trop. Riesenschlange, **11.** Initialen des Autors Zweig, **12.** Beistand, Unterstützung, **13.** Kap bei Valencia (Mittelmeer/Spain.), **18.** geschickte Täuschung, Trick, **20.** selten, knapp, **21.** Dienststelle, Behörde, **24.** engl.: zehn, **26.** nützliches Insekt, Nektar-

sammlerin, **27.** Dramenabschnitt, **28.** Dativ von du, **29.** klagende Tierlaute, **30.** männl. Verwandter, Vetter, **31.** luftförmig. Stoff, als Energieträger/Brennstoff bereit sein derzeitiger hoher Preis den Menschen in Deutschland Sorgen, **32.** chemisch: reaktionsträge, **34.** Ort in Bulgarien (Balkan) mit anspruchsvollen Mountainbike-Routen, **35.** umweltfreundliches Schienenfahrzeug (Kw.), **39.** Wundmal, **40.** Inseleuropäer, **42.** gelingen, glücken, **43.** polit. Weltanschauung, zur Schaffung e. solidar. Gesellschaft, in der Freiheit und Gleichheit verwirklicht werden, **45.** Initialen des Biologen Koch, **47.** UNO-Ausschuss für Bildung, **48.** Bezeichnung, Teil der Adresse, **49.** Schlagersängerin »Spielverderber«, **50.** giftige südamerik. Riesenkroete, **52.** holländ. Maler (Willem van) †1683 (Stilleben), **53.** Abk.: Hektoliter, **55.** amerik. TV-Preis (»Fernseh«-Oscar), **57.** Binde-, Vergleichswort, **60.** griech. Vorsilbe: Leben, **62.** franz. Maler (Jean Simeon) †1779 (Stilleben und Genrebilder), **64.** Anlage zur Ökostromgewinnung, **66.** Vollversammlung der Abgeordneten, **69.** Computerfunktions-taste – Tastatur links oben (Kzw.), **72.** Wettkampfstätte, **74.** Kosenamen der Radsportlegende Gustav Adolf Schur, **77.** elektr. geladenes Atom, **78.** zum Herz führend. Blutgefäß, **79.** einh. Stacheltier, Insektenfresser, **80.** Binnengewässer, **82.** Abk.: id est, **85.** engl.: Ziffernkennung (Abk.), **86.** eh. DDR-Armee (Abk.), **89.** Strom durch Nowosibirsk, **93.** Abk.: Frau.